

Hundertste Geburtstage sind eine feine Sache. Weil nach wie vor die wenigsten von uns ein solches Alter erreichen, sind sie der ideale Anlass, um an ein Lebenswerk zu erinnern, es vielleicht sogar in eine neue Perspektive zu rücken. Jedenfalls ist die Neugier der Nachwelt – hinreichende Prominenz der oder des Betreffenden zu Lebzeiten vorausgesetzt – zum Hundertsten meist noch groß genug, um den publizistischen Würdigungsbetrieb in Gang zu bringen. Zuletzt war dies am Beispiel des 2006 verstorbenen Bielefelder Historikers Reinhart Koselleck zu beobachten, dessen Großgeburtstag am 23. April Anlass etlicher Huldigungen und eines neuen Bands mit seinen Aufsätzen war.

Koselleck als den Erfinder der modernen Begriffsgeschichte zu bezeichnen, ist keine große Übertreibung. Ohne ihn gäbe es die „Geschichtlichen Grundbegriffe“ nicht, ein in den späten Sechzigerjahren konzipiertes „Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland“, das seinen Abschluss nach einem Vierteljahrhundert Kosellecks Zähigkeit und Ausdauer verdankt: ein 9000 Seiten starkes Monument geschichtswissenschaftlicher Reflexion und Methodik, das weltweit seinesgleichen sucht, um das Wikipedia-verwöhnte Studierende heute gleichwohl eher einen Bogen machen.

Aber Koselleck war nicht nur ein theoretischer, sondern auch ein dezidiert politischer Kopf, und augenscheinlich deshalb erfährt er in Zeiten der „Zeitenwende“ und eines neuen Krieges mitten in Europa viel Aufmerksamkeit. Die Radikalität seiner immer schon verstörenden Behauptung, dass aus der Geschichte nichts zu lernen sei, gewinnt vor diesem Hintergrund scheinbar neue Berechtigung, ebenso sein Diktum von der „Unausstauschbarkeit eines primären Erfahrungswissens“, das sich nicht „überbieten“ lasse: „Wissen ist besser als Besseres.“

Für solche Sarkasmen ist Koselleck berühmt. Im konkreten Fall entfalten sie ihre Wirkung auf seine vielen Bewunderer auch deshalb, weil sie nicht Teil abstrakter Darlegungen sind, sondern eingewoben in einen inzwischen legendären autobiografischen Text, den er zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1995 veröffentlichte. Dessen Kern bildete ein fragwürdiges, um nicht zu sagen schiefes Bild, in das Koselleck seine Erfahrung von Auschwitz gefasst hatte, wohin er Anfang Mai 1945 als deutscher Kriegsgefangener von den Sowjets zur Zwangsarbeit bei der Demontage des IG-Farben-Werks in Monowitz verschleppt worden war. „Dort hörten wir, dass drüben bei Birkenau Millionen vergast worden seien.“ Von der Wahrheit dieses Wortes „spontan überzeugt“, sprach Koselleck von „Erfahrungen, die sich als

## Historische Lava

Im Streit um das Holocaust-Denkmal vor 25 Jahren übernahm der Historiker Reinhart Koselleck die Rolle der Cassandra. Die Geschichte hat ihn widerlegt

Von Norbert Frei

glühende Lavamasse in den Leib ergießen und dort gerinnen. Unverrückbar lassen sie sich seitdem abrufen, jederzeit und unverändert.“

Die Gedächtnisforschung sagt längst anderes: Jeder Aufruf von Erinnerung verändert diese, wie minimal auch immer. Aber das eigentlich Irritierende an Kosellecks bitterem Text lag darin, dass sich damit ausgerechnet ein Historiker der historisch-politisch abwägenden Einordnung der Zäsur des Kriegsendes entzog. Stattdessen trug der Autor die eigenen traumatischen Erfahrungen als junger Soldat an der Ostfront mit einem Geltungsanspruch vor, der, an dem von ihm verehrt Staatsrechtler Carl Schmitt geschult, einer Gesprächsverweigerung gleichkam. Und unausgesprochen, aber gewiss nicht unbeabsichtigt, dementierte er damit prinzipiell die Möglichkeit, eine Geschichtsgesellschaftlicher Erfahrungen zu schreiben – statt Erfahrungen lediglich gegeneinanderzusetzen.

Aus der „Nation der Täter“ ist längst eine Nation ihrer Nachkommen geworden

Die Unbedingtheit seines verabsolutierten Erfahrungswissens bestimmte auch Kosellecks Argumentation in den beiden Denkmal-Debatten der Neunzigerjahre, in denen er der nach Berlin ausgreifenden Bonner Politik in den Arm zu fallen suchte: Als sich Kanzler Helmut Kohl vor dreißig Jahren anschickte, die Neue Wache zur zentralen deutschen Gedenkstätte für die Opfer von „Krieg und Gewaltherrschaft“ zu machen, opponierte der Experte für historisches Totengedenken vehement. Sowohl die Widmung als auch das Vorhaben, im Innenraum des Schinkel-Baus Unter den Linden eine vergrößerte Pietà von Käthe Kollwitz aufzustellen, ließ Koselleck im Sommer 1993 fragen, „ob die Bundesregierung wirklich weiß, was sie tut. Das Mutter-Sohn-Motiv könne das Massensterben im Zweiten Weltkrieg nicht repräsentieren. Das Argument war valide, drang aber nicht durch.

Es war offenbar auch diese Erfahrung, die Koselleck im Streit um das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der fünf Jahre später die Feuilletons füllte, den Ton weiter verschärfen ließ. Dabei konstruierte er einen Zusammenhang, der die bürgerschaftliche Genese des ihm zutiefst widerstrebenden Vorhabens glatt beiseitewischte. Denn obwohl sich in Berlin ein Förderverein bereits seit 1988 für ein Holocaust-Denkmal eingesetzt hatte, erklärte Koselleck das Projekt zur Konsequenz von Kohls „Fehlentscheidung“ an der Neuen Wache. Aus der vor diesem Hintergrund „erzwungenen Konzession, auf Seiten der Unschuldigen nur der Juden zu gedenken und nicht der Millionen anderer unschuldiger Ermordeter“, ergebe sich nun, „dass wir für alle anderen Opfergruppen entsprechende Denkmäler errichten müssen“. So entstehe eine versteinerte „Denkmalshierarchie“, bei der sich die Frage stelle, „ob wir als Nation der Täter diese Folgekosten gutheißen können“.

Tatsächlich entstanden in den folgenden Jahren außer dem Stelenfeld am Brandenburger Tor weitere Denkmäler: für die in der NS-Zeit verfolgten und ermordeten Sinti und Roma, für die Homosexuellen und für die Opfer der sogenannten Euthanasie-Aktionen. Aus Kosellecks „Nation der Täter“ aber ist längst eine Gesellschaft ihrer Nachkommen geworden, und eine der Nachkommen der überlebenden Opfer. Deshalb braucht, wem es um historische Vergegenwärtigung der Verbrechen zu tun ist (und um die demokratiepolitische konstruktive Weiterentwicklung unseres Geschichtsbewusstseins), Kosellecks Kassandrarauf aus den Neunzigern nicht. Sie anlässlich seines hundertsten Geburtstags nun unkritisch zu feiern, hilft nur denen, die einen erinnerungspolitischen Kurswechsel wollen.



Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Jena.

HAUCK & BAUER



Am 21. Juli 1969 betrat Buzz Aldrin wenige Minuten nach Neil Armstrong als zweiter Mensch den Mond.

## POLITIK

### Das Geschäft mit dem Krebs

Die Krankenkassen erstatten für Chemotherapien zu viel Geld – das kostet die Beitragszahler bis zu einer halben Milliarde Euro pro Jahr. Was läuft da schief?

Von Christoph Cadenbach, Daniel Drepper und Markus Grill

Berlin – Chemotherapien retten Leben. Für Menschen, die gegen den Krebs kämpfen, sind sie eine große, manchmal auch eine letzte Hoffnung. Wohl auch deshalb haben die gesetzlichen Krankenkassen allein im vergangenen Jahr mehr als fünf Milliarden Euro dafür aus, das sind rund zehn Prozent sämtlicher Arzneimittelkosten, die von den Kassen übernommen wurden. Pharmaunternehmen profitieren davon, aber auch einige wenige Apotheker.

Süddeutsche Zeitung, NDR und WDR liegen Medikamentenpreislitten von Pharmagroßhändlern vor, die erstmals einen tiefen und authentischen Einblick in die möglichen Zusatzgewinne dieser Apotheker gestatten. Deutschlandweit geht es um Hunderte Millionen Euro im Jahr – Geld, das die Krankenkassen mutmaßlich sparen könnten, auch um die Beitragszahler zu entlasten.

Die Apotheker können gut dazuerdienen – „kein haltbarer Zustand“, sagt Karl Lauterbach

Chemo-Medikamente werden meistens als Infusionen verabreicht und müssen für jede Patientin und jeden Patienten individuell zubereitet werden. Dies geschieht in sogenannten Reinräumen, keimfreien Laboren, über die nur etwa 300 Apotheker in Deutschland verfügen. Einige haben große Herstellbetriebe gegründet, weil das Geschäft mit den Chemo-Infusionen offenbar so lukrativ ist.

Für die Zubereitung eines Beutels bekommen die Apotheker 100 Euro von den Kassen bezahlt. Laut Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) ist diese Pauschale ausreichend, um die Arbeit der Apotheker zu entlohnen. Nebenher können die Apotheker aber Hunderte, manchmal auch Tausende Euro pro Beutel hinzuverdienen, weil sie – den Preislisten zufolge – die Wirkstoffe oft für sehr viel weniger Geld einkaufen können, als ihnen die Kassen für diese Wirkstoffe dann erstatten.

Für eine Packung des Wirkstoffs Bevacizumab zum Beispiel, eines der stärksten Krebsmedikamente, zahlten die Kassen im vergangenen Jahr 1109 Euro an den Apotheker, beim Großhandel konnte dieser die Packung jedoch für 360 Euro einkaufen. Ein Zusatzgewinn von 749 Euro. Mittlerweile wurde der Erstattungsbetrag für diesen Wirkstoff gesenkt. Der mögliche Zusatzgewinn liegt nun bei rund 160 Euro. An einer Packung des Lungenkrebs-

mittels Pemetrexed kann der Apotheker seit Jahren rund 1000 Euro hinzuverdienen.

Nach Berechnungen von Süddeutscher Zeitung, NDR und WDR hätten die Kassen allein bei den fünf umsatzstärksten Wirkstoffen, die nicht mehr patentgeschützt sind, pro Jahr zuletzt etwa eine halbe Milliarde Euro einsparen können, wenn es die Zusatzgewinne nicht gäbe. Eine Summe, die Sabine Richard vom AOK-Bundesverband für so relevant hält, dass sie „den Druck von weiteren Beitragserhöhungen wegnehmen“ könnte.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat erst Mitte Juni angekündigt, dass die Beiträge für gesetzlich Versicherte im kommenden Jahr erhöht werden müssten, weil laut den Kassen rund sieben Milliarden Euro im System fehlten. Konfrontiert mit dieser Recherche, sagt Lauterbach, die hohen Gewinne seien „kein haltbarer Zustand“. Dies sei „auf jeden Fall etwas, was wir auch regulatorisch angehen müssen.“

Der Vorsitzende der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft, Wolf Dieter Ludwig, hält die enormen Gewinnmöglichkeiten der Apotheker für „absolut ungerechtfertigt“. Dieses Geld könne man in eine bessere palliativmedizinische Versorgung von Krebspatienten investieren, so Ludwig, die häufig „nicht ausreichend zur Verfügung steht“.

Die Erstattungsbeträge, die die Apotheker für die Wirkstoffe von den Kassen erhalten, verhandelt der GKV-Spitzenverband mit dem Deutschen Apothekerverband (DAV). GKV-Sprecher Florian Lanz sagt im Gespräch, dass seinem Verband keine Preislisten von Großhändlern vorliegen



Linderung für Kranke – aber auch ein großer Profit auf Kosten der Versicherten: Herstellung einer Infusion für die Chemotherapie.

FOTO: FLORIAN PELJAK

### Zweifel an Einstufung der „Letzten Generation“

Berliner Senat: Gruppe ist keine kriminelle Vereinigung

Berlin – Auch wenn die Klimaprotestgruppe „Letzte Generation“ immer wieder Straßen in Berlin blockiert und im April sogar die Parole ausgegeben hatte, die Hauptstadt „lahmzulegen“, kann man diese Gruppe nicht als sogenannte kriminelle Vereinigung einstufen. Zu diesem Ergebnis kommt eine juristische Prüfung, die von der neuen Berliner Justizsenatorin in Auftrag gegeben wurde, der parteilosen, aber von der CDU berufenen Felor Badenberg.

Nach Recherchen der SZ geht dieser interne Vermerk, der 30 Seiten umfasst, sogar noch weiter. Die Berliner Regierungsbeamten üben darin deutlich Kritik an der Justiz im benachbarten Brandenburg. Diese geht schärfer gegen die „Letzte Generation“ vor. Sie spricht von einer kriminellen Vereinigung, so wie es inzwischen auch die Generalstaatsanwaltschaft München tut. Das sei rechtlich eigentlich kaum haltbar, kritisieren die Berliner Fachleute nun.

In dem Vermerk, der das Datum von Dienstag trägt, wird zunächst festgestellt, dass die Definition einer „kriminellen Vereinigung“ nach Paragraph 129 des Strafgesetzbuchs denkbar offen formuliert sei. Deshalb könnte sie theoretisch auch eine Protestgruppe erfassen, die nur relativ geringe Straftaten begehe. „Nach herrschender Meinung und dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers ist der Tatbestand jedoch aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und vor dem Hintergrund des Schutzzwecks der Norm auf solche Vereinigungen zu begrenzen, die eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen“, heißt es in dem Vermerk weiter. Als Beispiele werden „Rauschgiftändlerringe“ genannt – oder auch gewalttätige Neonazigruppen wie „Sturm 34“. Die „Letzte Generation“ passe nicht in diese Reihe.

Die Fachleute des Berliner Senats führen aus: Die Straßenblockaden der Aktivistinnen würden zwar den Verkehr stören, jedoch nicht Leib und Leben schädigen. Insbesondere, da die Aktivistinnen inzwischen stets darauf achten würden, Rettungswege offenzuhalten. Auch Blockaden am Flughafen seien bislang nicht dramatisch verlaufen. Wörtlich: „Auch die Ereignisse am Flughafen BER Ende 2022 erscheinen aus hiesiger Sicht nicht geeignet, um die Überschreitung der geforderten Erheblichkeitsschwelle zu bejahen.“

Wer, wie die Klimaaktivisten, einen Zaun aufschneidet und sich auf ein Flughafenrollfeld schleicht, der mache sich vielleicht wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs strafbar, so die Berliner Regierungsfachleute. Ein schwereres Delikt wie etwa ein „gefährlicher Eingriff in den Luftverkehr“ liege trotzdem fern. „Allein, dass der Flugverkehr aus abstrakten Si-



Fingerabdrücke auf dem Asphalt: Spuren nach einer Protestaktion der „Letzten Generation“ in Berlin.

FOTO: DPA

cherheitsgründen eingestellt wurde, genügt für eine Tatbestandserfüllung nicht.“ Das Landgericht Potsdam hatte dies kürzlich anders gesehen. Die Richter dort hatten den Anfangsverdacht einer kriminellen Vereinigung bejaht und damit der Staatsanwaltschaft im brandenburgischen Neuruppin zugestimmt – in einem Beschluss, an dem die Fachleute aus Berlin nun aber kaum ein gutes Haar lassen. „Der Beschluss des Landgerichts Potsdam bleibt inhaltlich und argumentativ weitgehend an der Oberfläche und spart ausführliche Angaben zu den (strafbaren) Aktivitäten der ‚Letzten Generation‘ und deren Auswirkungen aus“, heißt es.

Noch eine scharfe Kritik folgt. „Angesichts der klimapolitischen Motivation“ der „Letzten Generation“ sei sehr fraglich, ob die Begehung von Straftaten wirklich ein Ziel der Aktivistinnen sei oder eher bloß von „untergeordneter Bedeutung“. Nach einer Klausel des Paragraphen 129 Strafgesetzbuch würde eine Einstufung als „kriminelle Vereinigung“ dann ausscheiden. „Der Beschluss“ des Landgerichts Potsdam allerdings „schweigt zu dieser Frage“.

Die Justizsenatorin von Berlin hätte theoretisch die Möglichkeit, ihren örtlichen Strafverfolgern Weisungen zu erteilen, um schärfer gegen die „Letzte Generation“ vorzugehen, wenn sie dies für geboten hielte. Wie aus dem Vermerk deutlich wird, geben die Fachleute ihres Hauses aber stattdessen der örtlichen Staatsanwaltschaft Rückendeckung. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat bislang stets betont, keinen Anfangsverdacht einer „kriminellen Vereinigung“ zu sehen, die Lage aber laufend weiter zu beobachten.

Ronen Steinke

## KURZ GEMELDET

### Corona-Maßnahmen halfen

Berlin – Maßnahmen wie Maskenpflicht und Kontaktbeschränkungen haben laut einer Studie des Robert Koch-Instituts (RKI) wesentlich zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beigetragen. Vor allem die Kombination verschiedener Vorkehrungen sei ausschlaggebend dafür gewesen, dass eine mit dem infizierte Person deutlich weniger Menschen angesteckt habe als andernfalls, heißt es in dem am Donnerstag veröffentlichten Bericht. „Wenn man sie einzeln betrachtet, haben sie eine deutlich schwächere Wirkung“, sagte eine RKI-Expertin. Für die „StopptCOVID-Studie“ untersuchten die Forscher 20 Maßnahmen, die zwischen März 2020 und August 2021 verordnet wurden, etwa Maskenpflicht, Schulschließungen und Abstandsregelungen. DPA

### Pistorius warnt vor Hass

Berlin – Beim Gedenken an das gescheiterte Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 hat Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mehr Wachsamkeit gegen extremistische Gefahren gefordert. Sicherheit, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat stünden heute von innen und außen erneut unter Druck, „in einem Maße, wie wir es seit Jahrzehnten nicht erlebt haben“, sagte Pistorius bei der Gedenkveranstaltung zum 79. Jahrestag des Umsturzversuchs am Donnerstag in Berlin. „Hass, Hetze und Gewalt nehmen demokratiegefährdende Ausmaße an“, sagte Pistorius. Das gelte zum Beispiel dort, wo sich Menschen nicht mehr trauten, ein Mandat oder Ehrenamt anzunehmen. Die steigende Zahl extremistischer, rassistischer und antisemitischer Straftaten seien „laute, deutliche Weckrufe, Alarm-signale“, sagte Pistorius. EPD

### Baerbock wirbt um Türkei

Brüssel – Außenministerin Annalena Baerbock hat bei einem EU-Treffen in Brüssel für neue Gespräche über die Beziehungen zur Türkei geworben. Nach den jüngsten Wahlen in dem Land sei es wichtig, noch einmal zu reflektieren, wie man mit einem „nicht einfachen Nachbarn, aber einem globalen, strategisch wichtigen Akteur in unserer direkten Nachbarschaft“ zusammenarbeiten werde, sagte die Grünen-Politikerin am Donnerstag. „Jetzt nach den Wahlen ist ein Moment für eine strategische Reflexion.“ Baerbock betonte bei dem Außenministertreffen aber, dass es keine Geschenke gebe. Die von dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan geforderte EU-Beitrittsperspektive liege „tief im Eisfach“. DPA